

Factsheet zum Globalen Plastikabkommen

2. Verhandlungsrunde vom 29. Mai bis 2. Juni 2023 in Paris

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	2
Verhandlungen zum globalen Plastikabkommen	2
Plastik - ein Milliardengeschäft für die Öl & Gasindustrie	3
Industrielobbys wollen Ergebnis verwässern	4
Was wird diskutiert?	4
Wer ist Vorreiter - wer blockiert?	5

Zusammenfassung

- Die UNO verhandelt aktuell ein globales Abkommen, um die Plastikverschmutzung zu bekämpfen. Vom 29. Mai bis 2. Juni findet die zweite von insgesamt fünf Verhandlungsrunden in Paris statt.
- Die stark steigende Produktion von neuem Plastik befeuert die Klimakrise und den Verlust der Artenvielfalt.
- Greenpeace fordert ein starkes Plastikabkommen mit Produktionsobergrenzen, einen Ausstieg aus Einwegplastik sowie Reduktionsziele für Plastik in allen Sektoren, finanzielle Unterstützung für die Staaten, die am meisten betroffen sind.
- Neben den Lobbyist:innen der großen Petrochemie- und Plastikkonzerne versuchen große Ölproduzenten wie Saudi Arabien und Malaysia das Plastikabkommen abzuschwächen.

Verhandlungen zum globalen Plastikabkommen

Von 29. Mai bis 2. Juni 2023 findet im UNESCO Hauptquartier in Paris die zweite Verhandlungsrunde für das globale Plastikabkommen statt. Alle UNO Staaten haben sich erstmals in der Geschichte darauf geeinigt, dass es einen globalen, verbindlichen Vertrag geben soll, der die massive Plastikverschmutzung weltweit bekämpft. Die französische Regierung gibt dem Thema große Aufmerksamkeit und lädt vor den offiziellen Verhandlungen am 26. Mai zu einem Stakeholder-Forum ein, an dem Präsident Emmanuel Macron teilnehmen wird. Am 27. Mai werden 120 Umweltminister:innen und führende Vertreter:innen internationaler Organisationen zu einem High-level Dialogforum eingeladen.

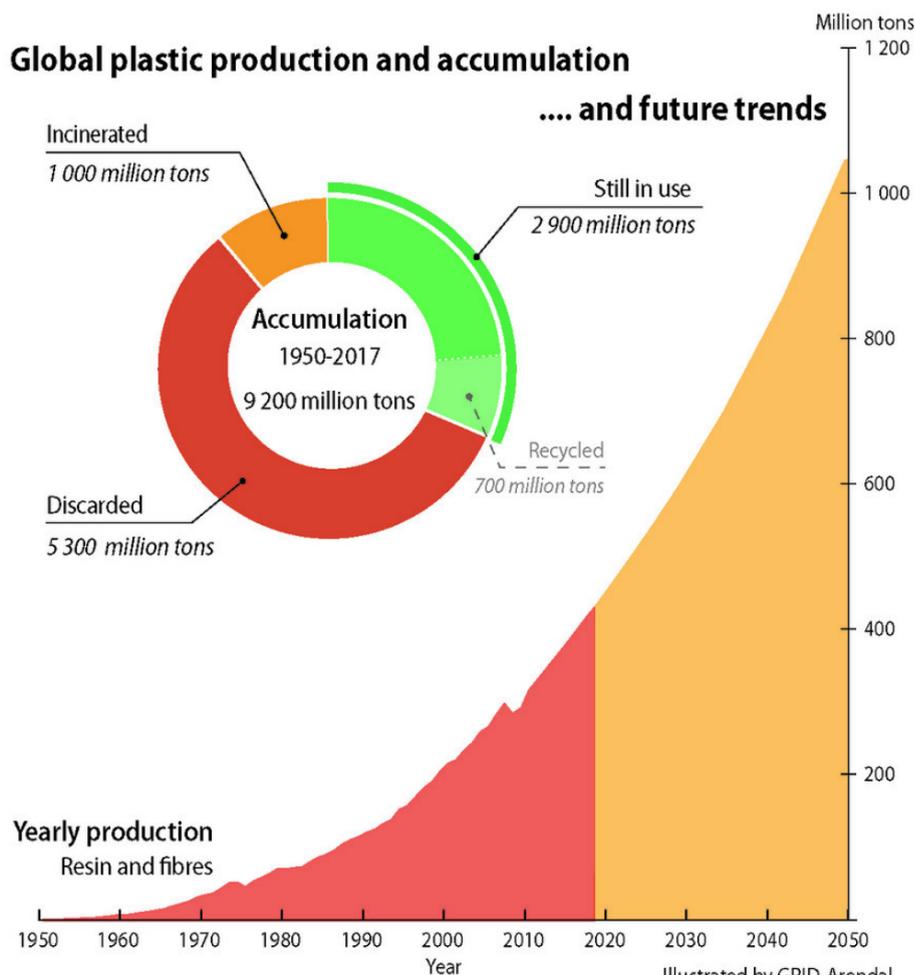
Das Globale Plastikabkommen ist ein Meilenstein für die Umwelt- und Klimaschutzbewegung, die seit Jahren vor den katastrophalen Auswirkungen von Plastik auf die Ökosysteme weltweit warnt. Insgesamt werden mehr als 2.000 Delegierte in Paris sein. Die Staaten werden darüber verhandeln, was im Vertrag konkret vorgeschrieben werden soll, bis wann die Maßnahmen umgesetzt werden sollen und wie sie finanziert und kontrolliert werden. Greenpeace ist mit einer Delegation vor Ort, um die Verhandlungen zu beobachten und um effektive und ambitionierte Vorgaben einzufordern. Greenpeace fordert, dass das Abkommen unter anderem folgende Punkte erfüllt:

- Unmittelbare, schrittweise Reduktion der Plastikproduktion und Ende der Produktion von neuem Plastik bis 2040.
- Abschaffung von Subventionen für die Plastikproduktion und die vorgelagerte Öl- und Gasförderung.
- Rasches Verbot von Plastik, das als besonders problematisch und unnötig gilt, wie z. B. komplexe mehrschichtige Verpackungen
- Übergang zu einer entschleunigten Kreislaufwirtschaft, Schaffung von Arbeitsplätzen und Standards in Mehrwegsystemen sowie Unterstützung etablierter Zero-Waste-Praktiken.

- Strenge Ökodesign-Kriterien für Kunststoffe u. a. für Haltbarkeit, Wiederverwendung und Verbot von giftigen Zusatzstoffen.
- Klare Prozesse für die Überwachung, Berichterstattung und vollständige Transparenz über den Fortschritt in den einzelnen Ländern und Branchen
- Unterstützung und Umschulungen für die Arbeitnehmer:innen in der gesamten Kunststofflieferkette, insbesondere für die Müllsammler:innen, die etwa 60 Prozent aller weltweit zum Recycling gesammelten Kunststoffe einsammeln.

In Paris wird sich entscheiden, ob die Staaten an einem starken und effektiven Abkommen arbeiten wollen, oder ob die Verhandlungen zahllos bleiben.

Plastik - ein Milliardengeschäft für die Öl & Gasindustrie



UNEP (2021). From Pollution to Solution: A global assessment of marine litter and plastic pollution. Nairobi.

Schon vorab ist klar, dass es ein intensives Ringen wird. Denn die Öl & Gaslobby ist rund um das Plastikabkommen - wie auch bei den Klimakonferenzen - mit hunderten Lobbyist:innen im Einsatz. Die Industrie sieht in der Plastikproduktion einen Rettungsanker für ihre Existenz. Da viele Regierungen bei Heizungen, Mobilität oder Stromversorgung den Ausstieg aus Öl & Gas eingeleitet haben, sucht die Industrie nach neuen

Abnehmern. Plastik wird zu 99 % aus Öl oder Gas hergestellt, wenn es nach der Öl & Gasindustrie geht, sollen die fossilen Rohstoffe in den nächsten Jahrzehnten vermehrt in die Plastikproduktion fließen. Bis 2040 soll sich die jährliche Plastikproduktion etwa verdoppeln ([Geyer 2020](#)).

Industrielobbys wollen Ergebnis verwässern

Bei den Verhandlungen, wie die Plastikverschmutzung gestoppt und die Produktion reduziert werden kann, sitzen nun genau jene mit im Raum, die das Problem befeuern und großes wirtschaftliches Interesse daran haben, dass es keine Regulierung gibt. Greenpeace kritisiert das massive Lobbying stark und warnt davor, dass die Ambitionen der Regierungsvertreter:innen nicht von der Öl- und Gasindustrie geschwächt werden dürfen. Zahlreiche große Plastik-Nutzer - wie Coca Cola, Unilever und Co. - haben sich in der Business Coalition zusammengeschlossen und stellen gemeinsam Forderungen an das Plastikabkommen. Greenpeace begrüßt zwar einige der von der Business Coalition aufgezeigten Perspektiven, aber sie reichen eindeutig nicht aus. Ein Schritt in die richtige Richtung ist z.B. die Forderung einige Arten von Plastik nicht mehr zu produzieren und von Einwegplastik zu Mehrwegmodellen umzusteigen. Damit ist die Koalition ein klarer Gegenpol zur Öl- und Gasindustrie, die keine Einschränkungen will.

Was wird diskutiert?

Es liegt bereits ein [Vorschlag](#) des Komitees vor, welche Punkte voraussichtlich verhandelt werden. Greenpeace bewertet den Text als guten Anfang, sieht jedoch noch zahlreiche Schlupflöcher, die geschlossen werden müssen. Es ist gut, dass über eine Obergrenze für die Produktion von neuem Plastik diskutiert wird und die Produktion von neuem Plastik eingeschränkt werden könnte. Einschränkungen für gewisse Chemikalien und problematische Plastikarten sollen diskutiert werden, Vorgaben für die Reduktion der Mikroplastikverschmutzung und Transparenz-Vorgaben für die ganze Lieferkette stehen ebenfalls auf der Diskussionsliste. Problematisch ist, dass im Vorschlag auch einige falsche Lösungen wie chemisches Recycling, biologisch abbaubares Plastik oder Offsetting genannt werden. Punkte die im Vorschlag zudem fehlen sind zeitgebundene Ziele, klare Vorschläge für Mehrweg-Ziele und Plastik-Vermeidung oder Vorschläge für starke Compliance Mechanismen.

Am Ende der Verhandlungen in Paris soll ein umfangreicher Bericht über den Fortschritt der Verhandlungen beschlossen werden, der die Ausgangsbasis für die nächste Verhandlungsrunde in Kenia im November 2023 sein soll. Ein wichtiger Schritt wäre, wenn die Delegationen am Ende der Verhandlungen in Paris den Auftrag für einen **Zero Draft Text** für das globale Plastikabkommen geben.

Wer ist Vorreiter - wer blockiert?

Wenige Länder wie Ruanda, Peru, Schweiz und Neuseeland haben sehr ambitionierte Positionspapiere vorgelegt.

Die Position der Länder, die Teil der High Ambition Coalition sind, ist umfassend, hat aber einige Lücken.

Österreich hat sich der Position der EU angeschlossen, die Mitglied der High Ambition Coalition ist.

Die USA und Japan zeigen sehr wenig Ambition und die großen Ölproduzenten wie Saudi Arabien, Malaysia arbeiten aktiv gegen ein Plastikabkommen.